

REACH-Verfahren – Große Chance für eine nachhaltig umweltfreundliche und gesunde Welt

Interview mit Dr. *Andreas Dally*, Studienleiter an der Evangelischen Akademie Loccum



Herr Dally, Sie sind Studienleiter an der Evangelischen Akademie Loccum. Loccum ist ein altes Kloster. Was macht eine evangelische Akademie in einem Kloster? Was sind Ihre besonderen Aufgaben?

Wer zu uns nach Loccum kommt, findet die Akademie nicht innerhalb der 1163 gegründeten, sehr gut erhaltenen Klosteranlage, sondern auf einer kleinen Anhöhe dieser gegenüber. Vom großen Hörsaal aus, in dem die meisten unserer Tagungen stattfinden, hat man, über eine Viehweide und einen kleinen Bachlauf hinweg, einen freien Blick auf die Klosterkirche. Unter solch einem friedvollen Eindruck lässt man sich auch gerne einmal auf vertieftes Nachdenken und feinteiliges Diskutieren ein. Insbesondere komplex gelagerte sachliche, fachliche und politische Kontroversen lassen sich hier in Besonnenheit gedanklich aufbereiten und argumentativ austragen. Uns als Ausrichter von Diskursveranstaltungen wird dabei nicht nur die Rolle der neutralen Moderation zugestanden, sondern in gewissem Maße auch eine ausgleichende Initiative im Sinne des Gemeinwohls oder zugunsten ansonsten systematisch benachteiligter Interessengruppen.

In diesem Sinne versteht sich die Akademie, die alsbald nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus gegründet wurde, als eine Investition der Kirche im Dienste des Aufbaus eines echten demokratischen Gemeinwesens in der Bundesrepublik Deutschland, als Ort für die faire Suche nach dem besseren Argument in den bedeutenden gesellschaftlichen Streitfragen – als Ort für das Lernen im kritischen Dialog, nicht zuletzt für die Kirche selbst.

Als einer von derzeit elf Studienleitern bin ich verantwortlich für unsere Tagungsarbeit auf den Feldern Ökologie und Umweltpolitik, sowie Wissenschaft und Technik und deren gesellschaftliche Implikationen.

Sie leiteten kürzlich eine Tagung zum Thema REACH (Vorsorgende Chemikalienpolitik in der erweiterten EU). Was wurde diskutiert? Was war das Ergebnis?

Es handelte sich um die dritte Diskussionswerkstatt in einer von der Bundesstiftung Umwelt geförderten Reihe, die im Januar 2003 begonnen hatte. Die Initiative hierzu war vom Arbeitskreis Umweltchemikalien/Toxikologie des Bundesverbandes Umwelt und Naturschutz, BUND e.V. ausgegangen; dessen damaliger Sprecher, Prof. *Uwe Schneidewind*, ist mittlerweile vom Inhaber des Lehrstuhls für Produktionswirtschaft und Umwelt zum Präsidenten der Universität Oldenburg avanciert.

Ich bin so frei und beziehe Ihre Frage nicht nur auf die diesjährige Tagung sondern auf die bisherige Reihe insgesamt.

Im Oktober 2003 wurde der gemeinsame Entwurf der EU- Generaldirektionen Umwelt und Unternehmen für eine neue Chemikalienverordnung als Weißbuch veröffentlicht.

Mit ihrer Initiative zur Institutionalisierung des REACH-Verfahrens (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals) will die EU dafür sorgen, dass in Zukunft alle Chemikalien vor ihrer Markteinführung registriert, evaluiert und besonders gefährliche Substanzen nur noch für bestimmte Anwendungen zugelassen werden. Von den rund

100.000 heute auf dem Markt befindlichen Altstoffen sollen die 10.000 bedeutendsten in einem abgestuften Prozess entsprechenden Prüfungen unterzogen werden. Zentrales Motiv hierbei ist die Ausweitung des vorsorgenden Verbraucherschutzes im Hinblick auf krebserregende, fruchtbarkeitsschädigende oder erbgutverändernde Chemikalien (CMR-Stoffe) sowie des Umweltschutzes im Hinblick auf schwer abbaubare organische Schmutzstoffe (PBTs und vPvBs). Die neue Verordnung, die an die Stelle von vierzig derzeit gültigen Vorschriften treten soll, würde fortan im Hinblick auf die Sicherheit von Chemikalien die Beweislast so verlagern, dass nicht mehr die öffentliche Hand deren Bedenklichkeit, sondern die sie herstellenden, mit ihnen handelnden und sie nutzenden Unternehmen deren Unbedenklichkeit belegen müssen.

Als wohl größtes ungelöstes Problem, vor dem die Europäische Union als Gesetzgeberin unter dem Eindruck vieler Stellungnahmen zu dem Entwurf steht, gilt die wirtschaftspolitische Absicherung ihres Konzeptes. Zwar stehen in offizieller Schätzung den insgesamt zu erwartenden direkten und indirekten Kosten von zirka 15 bis 33 Milliarden Euro während der kommenden 30 Jahre vermiedene Krankheitskosten von zirka 18 bis 54 Milliarden Euro gegenüber. In aus der Sicht der Branche defensiver Perspektive lautet aber dennoch die vorrangige Frage: Wie lassen sich die durch mehr oder weniger aufwändige Prüfungen der neu zu registrierenden Altstoffe verursachten Kosten so minimieren, verteilen und/oder kompensieren, dass nicht im großen Stil Produktionsverlagerungen ins nicht europäische Ausland beziehungsweise Verdrängung durch entsprechende Billigimporte resultieren. (Insbesondere China, Indien, Russland und auch die USA wurden in diesem Zusammenhang erwähnt; und eine vom BDI beauftragte Studie sprach von insgesamt über zwei Millionen Arbeitsplätzen, die durch den Ansatz des EU-Weißbuchs gefährdet seien; eine Zahl allerdings, die der Präsident des Umweltbundesamtes mittlerweile als weit übertrieben brandmarkte).

Ebenso weit gehen die Einschätzungen aus der Chemiebranche darüber ausein-

ander, in welchem Maße sich mittel- und längerfristig neue Geschäftschancen für innovative Unternehmen eröffnen. Hier stellt sich die Frage, wie die intendierten Innovationsimpulse für die chemische Industrie am wirkungsvollsten generiert und nicht nur volks- sondern auch betriebswirtschaftlich, das heißt für das einzelne Unternehmen, zur Geltung gebracht werden können. Diese Fragen zu beantworten – das wurde schnell deutlich – bedarf es konkreter, detaillierter Betrachtungen zahlreicher Prozess- und Produktketten und des Stoffstrom-Managements in ihnen.

So offenkundig also die erfolgreiche Implementierung der REACH-Verordnung im Interesse des Gemeinwohls liegt, so deutlich wurde auch, welche Unzahl von Teufeln in den Details des REACH-Verfahrens steckt. Mit der Gefahr gravierender ungewollter industriepolitischer beziehungsweise ökonomischer Nebenwirkungen muss so lange gerechnet werden, wie nicht ein „eleganter Einstieg“ in das System gefunden und dessen permanente Lernfähigkeit durch geeignete Kontrollschritte gewährleistet ist.

Es kommt also darauf an, REACH als ein für einen verbesserten Gesundheits- und Umweltschutz wirksames, administrativ schlankes und trotzdem effektives, flexibles und lernfähiges sowie transparentes und insbesondere in Richtung der Konsumenten gut zu kommunizierendes System zu etablieren. Gerade der jüngst um einige osteuropäische Länder mit eigenständigen Chemieindustrien erweiterte Binnenmarkt der EU bietet nicht nur aufgrund seines Umfangs, sondern auch aufgrund der Komplexität seiner Erzeuger und Verbraucherstrukturen und der Heterogenität der in den Ländern praktizierten administrativen Philosophien und Organisationskulturen einen vorzüglichen Rahmen für die Entwicklung und Optimierung eines solchen Systems.

Gelingt diese, dann kann das REACH-Verfahren sogar große Chancen für die Wirtschaft mit sich bringen, und dem entsprechend sind die Unternehmen und ihre Verbände gut beraten, im Hinblick auf dessen konkrete Ausgestaltung die konstruktive Zusammenarbeit mit der EU-Kommission zu suchen. Sowohl der in diesem Januar vom VCI in die Diskussion gebrachte „Vorschlag für ein besseres REACH“ wie auch das im Nachgang da-

zu von der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg vorgelegte „REACH-Modell Baden-Württemberg“ zeugen davon, dass diese Erkenntnis im Begriffe ist, sich durchzusetzen.

Wir schauen auf 25 Jahre Chemikalien-Gesetz in Deutschland. In der Anmeldestelle in Dortmund stapeln sich viele Meter Akten von Prüfnachweisen über Tausende neuer Stoffe. Wem nutzt das? Wer hat dort Einblick? Wurde das auf Ihrer Tagung auch erörtert beziehungsweise dieses Wissen miteinbezogen?

Dies ist in der Tat eine der Fragen, auf die derzeit keiner der Zuständigen eine befriedigende Antwort parat hat. Eine der großen Hoffnungen, die sich auf die REACH-Verordnung richten, geht ja genau dahin, durch geeignete Standardisierungen und gezielte Zusammenarbeit zwischen Behörden und Unternehmen solche Datenfriedhöfe zu entrümpeln, zu systematisieren und per EDV so aufbereiten zu können, dass man sie schließlich in geeigneter Weise auch öffentlich zugänglich machen kann.

Inwieweit werden Allergiker-Familien als besonders schützenswerte Bevölkerungsgruppe Ernst genommen? Gibt es da eine auch Europaweite Relevanz?

Sie überfragen mich. Es gibt viele Beispiele dafür, dass sie in der Politik sehr wohl wahrgenommen und ihre Interessen bedacht werden. Nicht zuletzt die offizielle Begründung der durch Frau Wallström auf EU-Ebene vorangetriebenen chemikalienpolitischen Initiative zeigte dies – auch im Sinne der europaweiten Relevanz des Themas. Trotzdem habe ich Zweifel, ob wir nicht insgesamt im Interesse der Prävention gegen Allergierkrankungen weit hinter den vorhandenen Möglichkeiten zurückbleiben.

Ist es nicht auch ein christliches Gebot, den Schutz von Schwachen und Kranken – und bei den Allergikern – insbesondere auch die besonders Umwelt- und Schadstoffsensiblen Menschen in die Diskussion mit einzubeziehen? Was tut die Akademie Loccum speziell in dieser Beziehung?

Die Richtigkeit dieses Gebotes kann ich nur bejahen. Seit einer Akademietagung im April 1999, auf die wir noch zurück kommen, spreche ich zum Beispiel immer wieder mit MCS-Geschädigten und deren Angehörigen, um vor lauter sonstigem Betrieb deren Not und Bedürfnisse nicht aus dem Blick zu verlieren. Lei-

der habe ich es seither nicht vermocht, in diesem – zugegeben zu spärlichen – Dialog hinreichend konkrete Handlungsperspektiven für benennbare politische Akteure zu erschließen, die sich zum Gegenstand einer – dann auch einigermaßen aussichtsreichen – Auseinandersetzung mit diesen Akteuren im Rahmen unserer Tagungsarbeit machen ließen.

Gemäß dem Gebot für eine offene Diskussion laden Sie auch Vertreter aus der Industrie zu Ihren Meetings nach Loccum ein. Haben Sie das Gefühl, dass die Industrie gelernt hat, dass ohne nachhaltige Produktion keine Wirtschaft zu machen ist? Oder gibt es weiterhin die gleichen „Lagerkämpfe“ zwischen progressiven „Grün-Linken“ und „konservativen Industrie-Vertretern“?

„Die“ Industrie – gibt es die überhaupt? – hat es gewiss noch nicht gelernt. Trotzdem arbeiten inzwischen viele der exzellentesten unter denjenigen, die es gelernt haben, für namhafte Industrieunternehmen; und zwar nicht nur in deren PR-Abteilungen, sondern sehr wohl in strategisch bedeutsamen Abteilungen des Managements. Gerade weil diese es innerhalb jener Unternehmen nicht immer leicht haben, sich zum Beispiel gegen deren Marketing-Abteilungen zu behaupten, ist es besonders wichtig, ihnen Foren für eine Diskussion zu liefern, die sich schlicht an sachlichen Fragen orientiert und darauf verzichtet, zum Beispiel mit überkommenen Etiketten wie die von Ihnen genannten ideologischen Lagerkämpfe zu reproduzieren, die niemandem nützen.

Die Vereine – so auch der AVE e.V. – leiden an stagnierenden beziehungsweise fallenden Mitgliederzahlen. Wo sehen Sie die gesellschaftlichen Ursachen für die mangelnde Bereitschaft zur kollektiven beziehungsweise ehrenamtlichen Tätigkeit in einem gemeinnützigen Verein?

Insbesondere jüngere Menschen scheinen möglichst konkrete, anschauliche Aufgaben zu suchen, für deren Bewältigung sie sich dann durchaus stark und (vielleicht nicht allzu) uneigennützig zu engagieren bereit sind. Offenbar ist der Argwohn weit verbreitet, dass Vereine und überkommene Vereinsstrukturen zu oft zu sehr auf ihre eigene Fortexistenz ausgerichtet sind, statt zum Beispiel darauf, sich durch die Lösung der selbstgestellten Aufgaben auch wieder selbst überflüssig zu machen.

Interview

Die Kirchen – auch die evangelische – leiden an Mitgliederschwund. Wo liegen hier die Ursachen?

Offenkundig glauben viele der jüngeren Menschen, sobald sie ins Erwerbsleben eintreten und mit der Forderung nach Zahlung der Kirchensteuer konfrontiert werden, dass Sie ihr Geld besser anlegen können. Würden alle von Ihnen Kirche als so für Menschen aller Herkunft aufgeschlossene, gastfreundlichen und den vielfältigen in der Welt auf sie wartenden Aufgaben – gerade auch den geistigen und politisch bezogenen – „lebendige Gemeinde“ erfahren, wie eine gelungene Akademietagung es zu vermitteln vermag, bräuchten wir uns über die Zahl der Kirchenmitgliedschaften wohl weniger Sorgen zu machen.

Wo sehen Sie heute die wichtigsten Ansätze für eine nachhaltig umweltfreundliche und gesunde Welt?

Ich sehe vor allem zwei Kräfte, die allerdings den Weg zu ihrer Verbündung

erst noch finden müssen. Die eine ist die in vielerlei Hinsicht schon sehr weit fortgeschrittene wissenschaftlich-fachliche Expertise, die insbesondere bei größeren Unternehmen mehr und mehr Berücksichtigung im Rahmen ihres generellen Risikomanagements findet. Langsam aber sicher setzt sich dort die Einsicht durch, dass durch nicht nachhaltige Praktiken verursachte Schäden, auch wenn diese räumlich, zeitlich oder auch sozial zunächst weit ab zu liegen scheinen, massiv auf die Unternehmen selbst zurückfallen können – sei es in Form von Schadensersatzforderungen oder auch in Form von inszenierten Skandalen, die sich auf ihr kostbarstes Gut richten: ihren Namen. Die andere, potentiell ungleich mächtigere Kraft liegt in einem – ebenso langsam aber sicher anwachsenden – umfassenden Qualitätsbewusstsein der Konsumentinnen und Konsumenten, die eben nicht mehr nur mit „viel und billig“ zufrieden zu stellen und gewillt sind, auch nach dem woher und wohin der von ihnen bean-

spruchten Güter zu fragen. Um diese beiden Kraftpotentiale miteinander zu verschmelzen ist freilich viel Initiative von Seiten vermittelnder Akteure gefragt, vornehmlich Bildungsinstitutionen, Parteien (schön wär's ...) und engagierte Verbände, so wie der Ihre.

Würden Sie in Loccum auch mal mit dem AVE eine Tagung zur Chemiepolitik und Vorsorge in Umwelt und Gesundheit durchführen wollen?

Liebend gerne! Es wird ohnehin höchste Zeit, dass wir einmal wieder an unsere Tagung anknüpfen, die wir – damals mit überwältigender Resonanz – im April 1999 gemeinsam mit der altherwürdigen Deutschen Umweltstiftung unter dem Titel „Umweltkrise und medizinische Wissenschaft – die Suche nach konstruktiven Antworten auf unbequeme Fragen“ ausgerichtet haben.

Herr Dally, wir bedanken uns für das Gespräch

Das Interview führte *Andreas Steneberg*

Tagungsbericht

Vorsorgende Chemikalienpolitik in der erweiterten EU:

Wieviel Fortschritt bringt die REACH-Verordnung?



Europapolitischer Workshop der Evangelischen Akademie Loccum vom 21. bis 23. Jan 2005 unter Leitung von Fachgebietsleiter Dr. Andreas Dally und Universitätspräsident Prof. Dr. Uwe Scheidewind (Oldenburg).

Die mit über achtzig Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und Behörden gut besuchte Veranstaltung begann mit Einführungsreferaten von Dr. *Uwe Lahl* (BMU) und einem Vertreter der Grünen in Brüssel, *Axel Singhofen*, über den Stand des Verfahrens der 2006 wohl in Kraft tretenden europäischen REACH-Verordnung: **Registration (Anmeldung),**

Evaluation (Bewertung), Autorisation (Zulassung) von Chemikalien. (siehe auch U&G 2-2004)

Dieser Zeitplan ist das Resultat einer kürzlichen Anhörung in Brüssel und des über tausendseitigen Entwurfs des europäischen Rates, in dem in 14 Kapiteln (zirka 100 Seiten - der Rest Anhänge) etwa 30.000 alte Chemikalien (aus dem EINECS – zirka 100.000 umfassenden Altstoffverzeichnis) sowie knapp 4.000 seit zirka 25 Jahren neu angemeldeten Stoffen geregelt werden. Bisher sind neben den neuen Stoffen erst 110 Altstoffe geprüft worden und etwa 40 mit konkurrierenden Rechtsvorschriften befasst.

Stoffe kommen bei Vorlage von Datensätzen zur Registrierung, wobei man dem Grundsatz one substance one registration (OSOR) nach der „Tonnenlogik“ (1-10, 10-100, 100-1000, >1000 ja-to Einteilung) in der Prioritätensetzung folgt. Im Konfliktfall wird ein Ombudsmann eingesetzt.

Die Prüfung der Stoffe entspricht den Prüfnachweisen nach dem ChemG von 1982, wobei die Nachweise für Akute Toxizität EUR 1.790,-, Biologische Abbaubarkeit EUR 4.840,- und Ökologische Toxizität (unter anderem Algenwachstums-Hemmung) EUR 4.970,- kosten.

Die Verwendungs- und Expositionsrelevanz soll bestimmend sein für die tatsächlich durchgeführten Prüfnachweise. Vorhandenes Wissen soll genutzt werden können, wobei ein Datenpool in einer in Helsinki einzurichtenden Agentur zentralisiert wird und von allen Europäischen Teilnehmern genutzt werden kann. (Was geschieht mit den bereits vorhandenen hunderten von Metern Akten über Stoffdaten in der Dortmunder Anmeldestelle – BAU? – Anmerkung des Verfassers) Verschiedene Punkte erscheinen noch kritisch und Konfliktbeladen. So mahnt der Verband der Chemischen Industrie (VCI) an, dass die „Tonnenlogik“ nicht schlüssig sei, da größere Mengen hergestellter Stoffe häufig gar nicht gleichzeitig Exposition bedeuten. So verblieben sie oft innerhalb der Industrie-Anlage und „Downstream user“ kämen mit diesen Stoffen gar nicht

in Kontakt. Alternative Vorschläge auch vom europäischen Chemieverband (CE-FIC) liegen vor. Ein Gegenentwurf zu REACH wurde vom VCI (Dr. *Dieter Fink*) in Loccum vorgestellt. Hier handelt es sich aber offensichtlich um den Versuch, sich mit der Unterstreichung des OSOR-Prinzips von Herstellerseite einmal und für Immer „reinwaschen“ zu können, um dann der Verantwortung und weiteren Anforderungen zur Prüfung auch bei vielfältiger Anwendung und sogar gegebenenfalls höheren Produktionsraten entweichen zu können. Denn es ist zu beachten, dass in unterschiedlichen Verwendungen sowie Zubereitungen/Erzeugnissen zumindest verschiedenste Expositionssituationen entstehen können, die dem gebotenen Gesundheits- und Umweltschutz widersprechen. Aus dieser Produktverantwortung wird man aber die Industrie nicht entlassen können, da die Stoffwirkungen immer im Zusammenhang mit den in Verkehr gebrachten „Handelserzeugnissen und Konsum-Artikeln“ (Dr. *Klaus Günther Steinhäuser*), der Zubereitung oder Rezeptur, gesehen werden müssen – vielfach diskutiert am Phänomen der Kombinationswirkungen. (Anmerkung des Verfassers)

Bemerkenswert, dass bei allen Teilnehmern die Tür für die Notwendigkeit der **allergologischen Prüfung** weit offen steht und man davon ausgeht, dass die 100 wichtigsten Allergene erhoben und die Produkte diesbezüglich getestet werden. (Dr. *Lahl*) Dass follow-ups und eine das Immunsystem des Menschen befasste Erforschung der Stoffwirkung mit REACH ermöglicht werden müssten, wurde von Dr. *Kurt E. Müller* (Isny) gefordert. Hier wird darauf hingewiesen, dass der AVE schon seit längerem eine besondere Rechtsklausel für besonders umweltsensible Bevölkerungsgruppen – am besten vergleichbar mit der „Berlin-Klausel“ früherer Jahre – in der Umwelt- und Gesundheitsgesetzgebung fordert. (Prof. *Diel* – die „Allergiker-Klausel“)

Der ausschlaggebende Zusammenhang von REACH mit der WTO (World Trade Organisation) wurde von Prof. Dr. *Gerd Winter* (Bremen) dargestellt. Hier geht es um unnötige Handelshemmnisse und Diskriminierung von Importeuren, wenn zum Beispiel bei der **Allergienitätsprüfung** oder GLP (Gute Labor-Praxis) unterschiedliche Anforderungen bei den internationalen Handelspartnern vorliegen. Mit dem GATT (1994)-Ab-

kommen sind das nicht SPS – Seuchen beziehungsweise regional-bedingter Gesundheitsschutz – sondern TBT-Abkommen, die Technical Barriers to Trade. Ist REACH eine technische Vorschrift, die unnötige Handelsbarrieren sowie Diskriminierung von Importeuren schafft? Hier muss die internationale Harmonisierung der chemical safety greifen – eine lebendige Rechtsentwicklung.

Die *Bush*-Administration tut sich jedenfalls schwer. (Dr. *Daryl W. Ditz*, Coordinator, National Education Campaign on US POP's Ratification, Center for International Environmental Law, Washington D.C.) So wird die EPA (environmental protection agency – USA) mehr und mehr entmacht. Sie hat seit der amerikanischen Chemikalien-Gesetzgebung von 1976 keinen wirklichen chemiepolitischen Einfluss mehr und sieht sich maximal als Gesprächspartner in Brüssel. (*Singhofen*) Derzeit sind es 50 amerikanische NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen), die sich mit Chemie-Politik befassen.

Die Schadstoffe im Innenraum und der Zusammenhang mit REACH sollte von Dr. *Siegfried Mohr* (Landesamt Kiel) dargestellt werden. Hier wurde diesbezüglich lediglich auf den Bund-Länderausschuss AgBB verwiesen sowie die Relevanz der EG-Richtlinie 89/106/EWG (Bauproduktenrichtlinie) und das Bauproduktengesetz von 1992 mit der Zuständigkeit des Deutschen Institutes für Bautechnik (DIBt).

Nicht weiter bringend war auch der Versuch von Dr. *Michael Nasterlack* (BASF Ludwigshafen) eine Gegenrechnung zu dem RPA-Gutachten aufzumachen – letztlich nur in Bezug zu Krebstoten unter Auslassung der immensen Kosten, wie sie durch Langzeitwirkungen bei den immer noch zunehmenden Allergien entstehen. Eine Kostenrechnung, wie viel Krebstote durch REACH verhindert werden können, kann nur dann sinnvoll widerlegt werden, wenn neue beziehungsweise alternative Berechnungsparameter aufgezeigt werden. Dieser Mühe hat sich Herr Dr. *Nasterlack* nicht unterzogen. Er versuchte vielmehr die lange überwundene „Lagerdiskussion“ durch seine Redebeiträge wieder aufleben zu lassen.

Relevanter war hier der Beitrag von Dr. *Klaus Günther Steinhäuser* (UBA Berlin) mit dem Verweis auf die EU-Richt-

linie 67/548/EWG und der Klassifizierung von gefährlichen Stoffen in CMR (Carcinogen Mutagen Reproduktionsschädigend), PBT (Persistent Bioakkumulativ Toxisch) sowie vPvB (very Persistent very Bioakkumulativ). Hinzu käme die Klassifizierung S „**Sensibilisierend**“. (Anmerkung des Verfassers) Zu beachten sind immunmodulierende Eigenschaften, chronische Wirkungen und eben die biologische Anreicherung und das Risiko der Langzeitwirkung. Zum Beispiel bei bromierten Flammschutzmitteln, Phthalaten, Perfluorooctylsulfonat (PFOS) und Derivaten in Lösungsmitteln und Bisphenol A – mit Hinweisen auf Nachweisbarkeit im Blut.

Was bringt REACH?

- **Die Zuordnung besonders gefährlicher Stoffe (CMR, PBT, vPvB) ist möglich**
- **Sicherheitsberichte sind anforderbar**
- **Verwendungs- und Expositionskataloge können erstellt werden**
- **Die Emissionsrelevanz der Erzeugnisse kann abgeschätzt werden**

Ein gutes Beispiel zur Umsetzung bietet Prof. Dr. *Andreas Lischka* (Kinderklinik Glanzing, Wien). Hier werden PVC-freie Produkte bei der Geräte-intensiven Behandlung der besonders risikobehafteten Frühgeburten gefordert. Weichmacher und Phthalate sollen weitgehend vermieden werden (DEHP), aber auch besonders gefährliche Dioxin-Kontaminationen zum Beispiel bei nasealen und trachealen Tubusmaterial für „Mikrogeborene“ (500 g Geburtsgewicht). Das geschieht in der Regel durch Absprache und Auswahl der Hersteller und entsprechenden Kunststoffprodukten, bedarf aber ausreichender Vorinformation, die durch REACH verbessert werden kann.

In weiterer Diskussion wurde in Loccum REACH als lernendes System beziehungsweise Fortschrittsgenerator im Rahmen der EU-Chemikalienpolitik und Widerstreit der Interessen von Politikern und internationalen Experten erörtert. Wie bei solchen Konferenzen wird ein Tagungsprotokoll vom Veranstalter in zirka einem halben Jahr herausgegeben werden.

Friedhelm Diel